

zu einer allgemeingültigen Norm zu erheben. In der Diskussion wurde geklärt, daß gesellschaftlich nützliche Tätigkeit nicht nur die Berufsarbeit ist. So ist z. B. die Arbeit der Hausfrau und die Erziehung der DOKUMENTE Kinder eine aner kennenswerte und gesellschaftlich nützliche Tätigkeit. Es wurde weiter geklärt, daß die Pflicht zur gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit keine Einschränkung der Rechte bedeutet, die im Gesetzbuch der Arbeit enthalten sind.

In der Diskussion wurde gleichzeitig die Notwendigkeit hervor gehoben, daß jeder in der Wahl des Arbeitsplatzes den gesellschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen muß, wenn auch in der Zukunft die Erfüllung seiner persönlichen Bedürfnisse gesichert sein soll.

Die Durchsetzung des Leistungsprinzips und seine verfassungsrechtliche Verankerung wurde in der Volksaussprache lebhaft begrüßt. Dieses Prinzip bedeutet zunächst, daß Mann und Frau, Erwachsene und Jugendliche gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung erhalten. In diesem Sinne wurde Artikel 24 des Verfassungsentwurfes ergänzt. Gleichzeitig müssen bei seiner Verwirklichung volkswirtschaftliche Erfordernisse, vor allem bei der Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes, berücksichtigt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der praktischen Durchsetzung dieses Grundsatzes eine Reihe von Problemen vorhanden ist, die nur im Zusammenhang mit der komplexen und systematischen Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus gelöst werden können.

Recht auf Bildung für alle - eine der großen sozialistischen Errungenschaften

Es spricht vom Verständnis unserer Bevölkerung für die Größe der Aufgabe, in historisch kürzester Zeit das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten und die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern, wenn in der Volksaussprache zum Verfassungsentwurf die Diskussion zum Recht auf Bildung einen hervorragenden Platz einnimmt. Die im Verfassungsentwurf fixierten großen Errungenschaften unseres sozialistischen Bildungswesens und die Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen eine zehnklassige Oberschulbildung und eine moderne Berufsausbildung zu vermitteln, fanden lebhaft Zustimmung.